

Es gibt auch weitere strukturelle Verschlechterungen – vor allem dadurch, dass die Grunderwerbsteuer aus den Verbundgrundlagen des Finanzausgleiches des Jahres 2007 herausgenommen worden ist, was ein Defizit von 188,2 Millionen € bedeutet. Auch das ist eine deutliche Verschlechterung.

Deswegen fordern die Landschaftsverbände im Einklang mit den kommunalen Spitzenverbänden, die Verbundgrundlagen 2008 wieder um vier Siebtel des Grunderwerbsteueraufkommens des Landes zu erhöhen. Aber auch das machen Sie nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Das ist Ihre reale Politik. Sie ist gegen die Kommunen und gegen die Bürgerinnen und Bürger des Landes gerichtet – mit allen sozialen und ökologischen Folgewirkungen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die Fraktion der Grünen hat sich noch einmal Kollege Becker zu Wort gemeldet.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil dieser sogenannte Kommunalminister, der sich in Wahrheit noch nicht mal auf Sport wirklich konzentrieren kann, an dieser Stelle wieder einmal Zahlen nennt und einen Eindruck zu erwecken versucht, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben. Herr Wolf lebt nicht in der Wirklichkeit.

Herr Wolf, wenn Sie sich in der Wirklichkeit auskennen und sie nicht seit Jahren ausblenden würden, wüssten Sie, der ganz leichte Rückgang bei den Nothaushaltkommunen – bei gleichzeitigem Anstieg der absoluten Schulden – hat nur etwas damit zu tun, dass all diese Kommunen auf NKF – neues kommunales Finanzmanagement – umgestellt haben. Das heißt, diese Veränderung beruht allein auf der Berechnungsmethode. Alle, die neu keinen Nothaushalt mehr fahren, sind NKF-Kommunen, haben also eine buchhalterische Umstellung vorgenommen. Das ist der ganze Effekt, der überhaupt nichts mit einem Abbau von Schulden zu tun hat. Sie sind wieder einmal als Blender aufgefallen, als ein Mann, der entweder keine Ahnung hat oder alle anderen veräppeln will.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Jäger [SPD]: Nepper, Schlepper, Bauernfänger!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung über das **Gemeindefinanzierungsgesetz** Drucksache 14/4602 und die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5517**. Wer ist für das Gemeindefinanzierungsgesetz in der vorliegenden Fassung? – CDU-Fraktion und FDP-Fraktion. – Wer ist gegen das Gesetz? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Herr Sagel. – Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist das Gemeindefinanzierungsgesetz in zweiter Lesung mehrheitlich **angenommen**.

Ich weise noch darauf hin, dass die Rücküberweisung des GFG zur Vorbereitung der dritten Lesung morgen im Zusammenhang mit dem Haushaltsgesetz entschieden wird.

Ich rufe auf den **Einzelplan 12** in Verbindung mit **Einzelplan 20**

Finanzministerium

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 14/5500, 14/5512 und 14/5520 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des fraktionslosen Abgeordneten Sagel mit den Nummern 4 bis 6 der Tischvorlage zum Einzelplan 12 und den Nummern 7 bis 13 der Tischvorlage zum Einzelplan 20.

Ich eröffne die Beratung, bitte Sie um ein ruhiges Verlassen des Saals und um Ruhe im Saal und erteile als erstem Redner für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Peschkes das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans-Theodor Peschkes (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuerst freue ich mich, dass der Finanzminister bei dieser Haushaltsberatung anwesend ist. Im Vorjahr hat ihn eine Krankheit zeitweise geschwächt, sodass er nicht dabei sein konnte. Aber, Herr Minister, diese Freude ist wohl die einzige Freude bei diesem Tagesordnungspunkt.

(Lachen von der SPD)

Ich gestehe Ihnen gerne zu, dass Sie manche Baustelle haben, um die Sie nicht unbedingt beneidet werden, wenn ich mal an das Chaos um die WestLB denke. Aber das darf nicht dazu führen, dass Ihr ureigener Geschäftsbereich, nämlich die Finanzverwaltung, von Ihnen so vernachlässigt wird, wie es zurzeit geschieht. Um es schon zu Beginn auf den Punkt zu bringen, Herr Minister: Die Beschäftigten in der nordrhein-westfä-

lischen Finanzverwaltung fühlen sich von Ihnen im Stich gelassen, alleingelassen mit all ihren Problemen, die es wirklich zuhauf gibt.

Die Beschäftigten erwarten von Ihnen mehr als den stereotypen Hinweis, dass die Finanzverwaltung in der Vergangenheit immer mit den Problemen fertig geworden ist. Sie erwarten in dieser Situation konkrete Hilfe. Ich empfehle Ihnen: Gehen Sie doch einmal in die Finanzämter und sprechen mit der Steueroberinspektorin im Veranlagungsbezirk.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Wie genau heißt die?)

Die Steueroberinspektorin wird Ihnen sagen, dass die fortschreitende Komplizierung des Steuerrechts bei gleichzeitigem Personalabbau eine qualifizierte Arbeiterledigung nicht mehr zulässt. Diese Steueroberinspektorin Groth wird Ihnen auch sagen, dass die Arbeitsverdichtung ein solches Maß angenommen hat, dass die Steuer beim besten Willen nicht mehr zeitnah und vor allem nicht mehr gleichmäßig festgesetzt werden kann, wie es die Abgabenordnung gesetzlich vorschreibt. Oder sprechen Sie doch einmal mit dem Steueramtsrat aus der Großbetriebsprüfung. Den kann Ich auch mit einem Namen versehen, Herr Groth.

Der wird Ihnen, Herr Minister, sagen, wie es mit der Ausstattung von Hard- und Software aussieht. Es wird Ihnen zu Ohren kommen, dass das Arbeiten mit dem Betriebsprüfungsprogramm BpA-Euro, so heißt es, in der Praxis oft das reinste Chaos ist. Ich kann Ihnen das aus meiner aktiven Zeit aus der Finanzverwaltung nur bestätigen. Sie werden hören, dass die Kontrolle der Eingaben und auszudruckenden Ergebnisse fast so lange dauert wie die eigentliche Prüfungshandlung.

Sie werden hören, dass defekte Drucker nicht mehr ersetzt werden, was zur Folge hat, dass die Prüfer täglich in ihr Mutterhaus fahren müssen, um Dateien an einem Zentralrechner auszudrucken. Das kostet nicht nur Reisekosten, das kostet nicht nur Arbeits- und Prüfungszeit, das kostet vor allem Motivation.

Das Schlimme ist: Eine Besserung ist nicht in Sicht. Denn auch in diesem Haushalt sollen die Sachkosten wieder einmal um rund 11 Millionen € gekürzt werden. Herr Minister, das Mindeste, was die Beschäftigten in der Finanzverwaltung erwarten dürfen, ist, dass wenigstens die Sachausstattung stimmt. Deshalb: Stellen Sie 11 Millionen € in den Haushalt ein! Kaufen Sie eine vernünftige Anzahl von Druckern! Beauftragen Sie zusätzlich ein externes Softwarehaus, damit endlich ein pra-

xistaugliches Betriebsprüfungsprogramm entwickelt wird.

Aber, Herr Minister, noch mehr als die Sachausstattung ist die Personalausstattung zu beklagen. Ein Brandbrief der rheinischen und westfälischen Finanzamtsvorsteher im vergangenen Jahr sprach Bände. Niemals hat es einen solchen Hilferuf in der Geschichte der Finanzverwaltung gegeben. Niemals haben loyale Vorsteher in dieser Form den Finanzminister aufgefordert, tätig zu werden. In den gesamten 39 Jahren, als Sozialdemokraten den Finanzminister gestellt haben, ist das nicht passiert.

Was passiert bei Ihnen, Herr Minister? – Nichts! Im Gegenteil: Die personelle Lage in der Finanzverwaltung verschärft sich zusehends.

Glauben Sie ernsthaft, Herr Dr. Linssen, dass Sie die Lage in den Finanzämtern dadurch verbessern, indem Sie in diesem Jahr rund Tausend Bedienstete nach Hause schicken und im nächsten Jahr noch einmal Tausend Leute? Man muss sich vorstellen, dass bestens ausgebildete fünfzigjährige Leute, die auf der Höhe ihres Leistungsvermögens stehen, in den Ruhestand gehen. Die verbleibenden Kollegen müssen deren Arbeit auch noch mitmachen, weil Ersatz von Ihnen, Herr Minister, nicht gewollt ist.

Wie demotiviert die Kolleginnen und Kollegen in der Finanzverwaltung mittlerweile sind, können Sie daraus ersehen, dass die Bewerbungen um diesen Ruhestand höher als die dafür zur Verfügung stehenden Stellen sind, obwohl damit in der Regel erhebliche Pensionskürzungen verbunden sind. Das zeigt doch, dass die Leute nur noch aus der Finanzverwaltung raus wollen. Sie haben die Nase voll von den immer komplizierter werdenden Gesetzen, vom immer größer werdenden Arbeitsanfall, von immer größerer Arbeitsdichte und von immer längerer Arbeitszeit bei gleichzeitiger faktischer Einkommensverschlechterung.

In dieser Situation ist von Ihnen Handeln gefragt. Aber Sie handeln nicht. Sie geben einfach die Verantwortung an die Bediensteten ab und nennen das dann „Risikomanagement“. Dabei nehmen Sie – das würde ich mir als Einnahmeminister vor Augen führen – riesengroße Steuerausfälle in Kauf. Der Landesrechnungshof spricht von 250 Millionen € für Nordrhein-Westfalen.

Das Schlimme ist: Die gut beratenen Firmen nutzen dieses Risikomanagement zu ihrem Vorteil, weil sie um den Zeitdruck der Bearbeitung durch die einzelnen Leute in den Finanzämtern wissen. Entsprechende Papiere, wie man sich dieses Risikomanagement zunutze machen soll, kursieren

offen auf dem Markt. Das kann doch wohl nicht Sinn der Sache sein.

(Zustimmung von der SPD)

Herr Minister, ich könnte stundenlang über die Lage in der Finanzverwaltung reden, so dramatisch wie sie ist. Aber ein Kollege aus meiner Fraktion möchte gleich auch noch einen Part übernehmen. Deshalb sage ich nur noch: Wenn die Steuerverwaltung in Nordrhein-Westfalen weiterhin auf dem bekannt hohen Niveau arbeiten soll, statuen Sie, Herr Dr. Linssen, diese Finanzverwaltung personell und sächlich so aus, wie es notwendig ist. Augenblicklich wird am falschen Ende gespart. Das bewirkt genau das Gegenteil von dem, was Sie wollen und was wir wollen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Peschkes. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Klein.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gesamtschau der Einzelpläne 12 und 20 macht exemplarisch für den ganzen Haushalt deutlich, dass dieser Haushaltsentwurf für das Jahr 2008 die richtige Balance zwischen Sparen auf der einen und Ausgeben auf der anderen Seite auf der Basis einer noch vertretbaren Neuverschuldung ist.

Gerade hat der Kollege Peschkes deutlich gemacht, wo man gern noch mehr Geld ausgeben könnte. Er hat nicht verraten, wie die Opposition Mehrausgaben bezahlen möchte.

(Gisela Walsken [SPD]: Das wissen Sie doch schon! Darüber haben wir doch schon geredet! – Zuruf von der SPD: Schauen Sie in Ihre Unterlagen!)

Das ist aber notwendig, damit man sich ein Gesamtbild machen kann.

Denn Ihr Vorschlag besteht darin, die Steuereinnahmen einfach um 390 Millionen € höher zu schätzen. Meine Damen und Herren, für mich ist das ein sehr ernster Fall einer Verwechslung von Fiktion auf der einen Seite und Realität auf der anderen Seite. Wenn man die Steuereinnahmen einfach nach oben korrigiert, kann niemand annehmen, dass damit eine Haushaltsverbesserung verbunden wäre.

(Zurufe von der SPD)

Ich muss Ihnen noch ein Zitat des früheren Finanzministers und Ministerpräsidenten von Nord-

rhein-Westfalen, Peer Steinbrück, sagen. Denn offensichtlich tut ihm die Nähe zu und die Einbindung in das Team von Angela Merkel ziemlich gut. Er hat zwar in Nordrhein-Westfalen die Finanzen vor die Wand gefahren,

(Widerspruch von der SPD)

hat aber heute in Berlin ganz vernünftige Ansichten.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Demonstrativer Beifall von der CDU)

– Ich verstehe, dass ein Lob für einen SPD-Bundesfinanzminister ist etwas schwierig. Aber ich will deutlich machen, dass er offenbar dazugelernt hat. Das ist prinzipiell positiv.

(Gisela Walsken [SPD]: Warum macht Ihr Finanzminister das dann nicht? – Weitere Zurufe von der SPD)

Er hat im vergangenen Jahr bei der dritten Lesung zum Bundeshaushaltsplan genau das vorgetragen, was ich Ihnen gerade gesagt habe: Die Veranschlagung von Steuermehreinnahmen bedeute noch keine Haushaltsverbesserung.

Die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten gehen offensichtlich den alten Weg der Sorglosigkeit weiter nach dem Motto: einfach höher schätzen! Wir meinen: Es ist richtig, die Steuereinnahmen nicht am oberen Ende der Einnahmeerwartungsbandbreite zu schätzen und auch nicht in der Mitte, sondern sie am unteren Rand zu etatisieren. Wenn es Abweichungen gibt, ist sichergestellt, dass sie nach oben zeigen. Es ist sinnvoll, diese Vorsicht an den Tag zu legen. Alles andere bedeutet den finanziellen Ruin des Landes. Das haben wir jahrzehntelang in Nordrhein-Westfalen erlebt.

Aber gleichzeitig braucht sich niemand Illusionen darüber zu machen, dass es eine mangelnde Klarheit gäbe, was mit gegebenenfalls entstehenden Steuermehreinnahmen passiert. Denn im Haushaltsvollzug ist nur möglich, zusätzlich hereinkommende Gelder zu nutzen, um die Neuverschuldung zu reduzieren.

Wir haben sie bereits erheblich reduziert. Für das nächste Jahr sind noch 1,7 Milliarden € neue Schulden vorgesehen, also weit weniger als allein an Zinsen für Ihre alten Schulden zu bezahlen sind. Früher hat es eine stabile Nettoneuverschuldung in den Jahren 2003, 2004 und 2005 in Höhe von 6,6 Milliarden €, 6,7 Milliarden € und wieder 6,6 Milliarden € gegeben. Heute sind es 5 Milliarden € weniger. Das ist das Ergebnis einer konsequenten Sparpolitik und einer richtigen Balance.

Wir geben mehr Geld für Kinder aus. Wir geben mehr Geld – das ist eben noch einmal deutlich geworden – für Kommunen aus. Wir geben mehr Geld – auch das ist eben schon deutlich geworden – für Polizei aus.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Aber wir sorgen dafür, dass die Neuverschuldung reduziert wird. Das ist ein ganz wichtiges Gebot der Generationengerechtigkeit. Das ist der wichtigste Beitrag, den wir heute für unsere Kinder leisten können.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Sie müssen sich fragen lassen: Können Sie alles gleichzeitig machen? Ich beziehe mich auf Herrn Peschkes. Sie haben viele Ideen, wo mehr ausgegeben werden muss, und sie fordern gleichzeitig noch weniger Schulden.

(Lachen von Hans-Theodor Peschkes [SPD])

Sie kritisieren doch, dass wir mehr Personalausgaben vorsehen.

(Gisela Walsken [SPD]: Tja, Herr Kollege, man muss es können!

– Liebe Frau Kollegin Walsken,

(Gisela Walsken [SPD]: Lieber Herr Kollege!)

Sie haben in Ihrer Pressemitteilung doch kritisiert, dass wir mehr für Personal ausgeben. Gleichzeitig versuchen Sie, lieb Kind zu machen mit den Beschäftigtenverbänden, die natürlich zu Recht darauf hinweisen, dass die Beamtenbesoldung hinterherhinkt und erhöht werden muss. Aber auch an dieser Stelle kann ich Ihnen den konkreten Vorwurf nicht ersparen: Einen haushaltswirksamen Antrag dazu sehen wir hier nicht.

Ich will zusammenfassen: In den Einzelplänen 12 und 20 wird eine vernünftige und richtige Balance zwischen Ausgeben und Sparen an den Tag gelegt. Das ist richtig für die Zukunft Nordrhein-Westfalens. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Für die Fraktion der FDP hat jetzt Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Einstieg möchte ich betonen, dass ich sehr froh bin, dass wir mit dem hier zu beratenden Etatentwurf für das Jahr 2008 in der zweiten Lesung mittlerweile wieder bei ei-

ner – ich will fast sagen – historisch niedrigen Nettokreditaufnahme für das Jahr 2008 angekommen sind.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Warum denn wohl? Das liegt doch nicht an Ihnen! – Weitere Zurufe)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, seit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2005 ist es gelungen, die Nettokreditaufnahme von 6,7 Milliarden € im Jahr 2005 systematisch durch Einsparungen, Wirtschaftswachstum und auch durch strukturelle Veränderungen auf 1,77 Milliarden € im Etatentwurf 2008 zurückzufahren.

(Gisela Walsken [SPD]: Strukturell? Wo denn? Mit Steuermehreinnahmen! Sonst gar nichts!)

– Ich habe schon auf den Hinweis „nur durch mehr Steuereinnahmen“ gewartet. Liebe Frau Kollegin, bei aller Wertschätzung und weil ich weiß, dass Sie seinerzeit Sachzwängen unterlagen, für die Sie persönlich nicht verantwortlich zu machen sind: Auch Sie haben in den Zeiten vor 2000 höhere Steuereinnahmen verzeichnen können. Es ist mitnichten so, dass Sie deswegen auf eine Nettokreditaufnahme verzichtet hätten oder nur im Ansatz die Zielbeschreibung gehabt hätten,

(Gisela Walsken [SPD]: Runterfahren!)

die Verschuldung des Landes überhaupt zu vermeiden und bestehende Schulden zurückzufahren. Sie hatten noch nicht einmal eine solche Zielbeschreibung, sondern haben die Schulden immer weiter aufgebaut.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Wir machen Schluss mit der Versündigung an nachfolgenden Generationen,

(Gisela Walsken [SPD]: Dann macht's doch auch!)

die Sie aus meiner Sicht in den 39 Jahren begangen haben, in denen Sie politische Verantwortung in diesem Land getragen und in denen Sie eine Rekordverschuldung angehäuft haben.

Die Nettokreditaufnahme lässt sich aber dennoch nicht innerhalb von einem oder zwei Jahren zurückfahren. Aber: Wir haben jetzt etwas geschafft und einen Weg eingeschlagen, der steinig und mühsam ist. Wir fahren die Nettokreditaufnahme zurück und wollen einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Anschließend wollen wir die Schulden, die Sie den nachfolgenden Generation hinterlassen haben, tatsächlich zurückführen.

Meine Damen und Herren, wenn von den hellseherischen Fähigkeiten der heutigen Opposition gesprochen wird, Steuereinnahmen seien höher anzusetzen, muss ich Ihnen sagen: Das ist doch ein Teil der Misere, in die Sie uns gebracht haben. Offensichtlich haben Sie keine hellseherischen Fähigkeiten gehabt, als Sie die politische Verantwortung getragen haben, denn sonst hätten Sie vielleicht vorhersehen können, dass die Steuereinnahmen nicht in der Höhe ausfallen,

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist schwer auszuhalten!)

die Sie immer in den Etatansätzen veranschlagt haben und die Sie dann im Laufe des Haushaltsvollzugs korrigieren mussten. Dann hätten Sie besser weniger Geld ausgegeben. Das ist doch ein Teil dieser unseriösen Politik, die bis zum Jahr 2005 gelaufen ist.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Nicht hellseherisch zu sein ist also unseriös?)

– Herr Kollege Sagel, ich will auch Ihre Zeit als Verantwortungsträger in der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, von der Sie sich mittlerweile verabschiedet haben, nicht unter den Tisch kehren. In der Tat – danke für den Hinweis! –: Bis zum Jahr 2005 haben Sie mit Unterstützung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dieser Rekordverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen gehörige Beiträge geleistet.

(Beifall von FDP und CDU – Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Das ist Ihre Rekordverschuldung in diesem Jahr!)

Meine Damen und Herren, ich sage ganz ausdrücklich: Ich halte es für richtig und für notwendig, dass wir Steuereinnahmen eher konservativ, eher vorsichtig im Etatentwurf veranschlagen. Wir haben tatsächlich mehr Steuereinnahmen aufgrund einer erstarkenden Konjunktur, was – das sage ich ganz deutlich – unter anderem auch durch die Impulse hervorgerufen wird, die wir in der Innovationspolitik und der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und im Bürokratieabbau gesetzt haben, die nun tatsächlich Wirkung zeigen und den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen erstarken lassen.

Ich habe in der Vergangenheit darauf hingewiesen – das gehört zur Lauterkeit dazu –, dass bei aller Kritik, die man im Übrigen haben muss, auch von der Bundesregierung in den früheren Jahren wichtige Schritte unternommen worden sind, die unsere CDU/FDP-Politik in NRW unterstützen und möglich machen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in der heutigen Diskussion um seriöse Haushaltspolitik muss man wenigstens wenige Sätze zu den Gegenfinanzierungsvorschlägen verlieren, die von den Kollegen der SPD eingebracht worden sind.

Sie setzen zum einen auf Einmaleffekte. Sie schaffen irgendwie die Quadratur des Kreises, indem Sie auf der einen Seite Mehrausgaben in Schwerpunktbereichen vorsehen – Schwerpunktsetzungen hätte ich mir auch zu früheren Zeiten gewünscht; dann hätten wir vielleicht auch andere und konstruktivere Haushaltsberatungen im Parlament führen können –,

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

und indem auf der anderen Seite alle Ihre Gegenfinanzierungsvorschläge ausgesprochen hypothetischer Natur sind. Das stinkt mir. Genauso wie in früheren Haushalten von Ihnen imaginäre Privatisierungserlöse in den Haushalt eingestellt worden sind, die sich so nicht realisieren ließen, muss ich auch an dieser Stelle bewerten: Die Gegenfinanzierungs- oder Deckungsvorschläge, die Sie uns vorgestellt haben, sind nicht realistisch.

Kollege Peschkes hat zu Recht auf eine zugegebenermaßen bestehende Arbeitsbelastung in der Finanzverwaltung hingewiesen. An dieser Stelle ein Dank an die Finanzverwaltung! Sie haben auch zu Recht darauf hingewiesen, dass sich ein Teil dieser Arbeitsbelastung aus der immer weiter ausufernden Steuergesetzgebung ergibt. Darauf kann man natürlich auf zweierlei Art und Weise reagieren. Der richtige Weg ist, mit dem ganzen Steuereckelwunder aufzuhören und tatsächlich zu einer strukturellen Veränderung unseres Steuersystems zu kommen: einem einfacheren und transparenteren System mit niedrigeren Steuersätzen. Dann können wir uns immer noch über die Zahlen streiten.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Aber es ist doch immer die FDP, die Ausnahmen fordert!)

– Herr Kollege Peschkes, Unsinn. Wir haben einen Modellvorschlag gemacht und ihn auch sauber gegengerechnet: einen Stufentarif mit 0 %, 15 %, 25 % und 35 % bei der Einkommensteuer bei Streichung sämtlicher Ausnahmetatbestände. Diese Forderung der FDP ist auch maßgeblich von der Steuergewerkschaft unterstützt worden. Damit hätte man in der Tat eine grundlegende Besserstellung auch der Finanzverwaltung geschafft. Wir als Gesetzgeber sind dafür verantwortlich – natürlich in erster Linie die Kollegen im Deutschen Bundestag, aber auch wir als Land über den Bundesrat –, dass diese völlig unsyste-

matischen und jede Woche hinzukommenden neuen kleinen Regelungen an Steuergesetzgebung und Jahressteuergesetzen mittlerweile von niemandem mehr überblickt werden können.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Sagen Sie mal etwas zum Landeshaushalt, Frau Kollegin! Oder wandern Sie demnächst in den Bundestag ab?)

– Herr Kollege Groth, ich würde doch Ihre Gesellschaft nicht vermissen wollen. Also, Herr Kollege!

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das war der erste gescheite Satz!)

Herr Kollege, wir müssen bei der Arbeitsbelastung der Finanzverwaltung klar sehen, dass diese aus der Systematik unseres Steuerrechtes herrührt. Deswegen erhalte ich auch die Forderung aufrecht, dass wir an diesem Grundübel etwas ändern müssen. Dann können wir uns auch über alles andere auseinandersetzen.

Zur Frage der Altersstruktur der Finanzverwaltung: Wir haben im kommenden Jahr 310 neue Anwärter, allein 100 davon im mittleren Dienst. Damit geben wir auch eine Antwort auf die demografischen Veränderungen unserer Finanzverwaltung.

Dass natürlich viele Beamtinnen und Beamte des Landes Nordrhein-Westfalen anhand der Angebote und Anreizsysteme im Zusammenhang mit den Vereinbarungen bezüglich des Personaleinsatzmanagements für sich individuell prüfen, ob sie sich bewerben, ist zunächst einmal nicht zu beanstanden. Der Finanzminister hat genauso wie die übrigen Minister klargestellt, dass dadurch die Leistungsfähigkeit der Finanzverwaltung, die Ordnungsmäßigkeit und Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung nicht beeinträchtigt wird.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Meine Damen und Herren, leider haben wir für diese doch spannenden Debatten über die Einzelpläne 12 und Einzelplan 20, zu denen man zum Bereich Beamtenbesoldung, aber auch zur mittelfristigen Finanzplanung noch vieles anführen könnte, nur zehn Minuten Redezeit. Diese sind bei mir bedauerlicherweise jetzt um.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Sie haben ja auch hart am Thema vorbeigeredet!)

Wir werden den Einzelplänen 12 und 20 zustimmen. Wir haben Sie zur Mitarbeit eingeladen, und ich würde mich freuen, wenn die Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen in sich gehen und über das, was wir Ihnen an verantwortungsvoller

Politik vorgelegt haben, noch einmal nachdenken würden.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Groth das Wort.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Freimuth, Sie haben es trotzdem geschafft, die zehn Minuten zu füllen. Sie haben hier über bundespolitische Angelegenheiten schwadroniert. Nur zum Haushalt Nordrhein-Westfalen sind Sie uns die Antworten auf unsere Anträge fachpolitischer Natur schuldig geblieben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir haben 20 Einzelpläne. Sie hätten hier zu jedem Einzelplan etwas sagen können. Sie sind die haushalts- und finanzpolitische Sprecherin Ihrer Fraktion. Augenscheinlich sind Sie aber auch verlassen und haben in den eigenen Reihen keinen Rückhalt mehr. Deshalb sitzen Sie hier auch ganz allein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Angela Freimuth [FDP]: Man hat eben volles Vertrauen!)

Ich greife trotzdem, Frau Freimuth, ein Wort von Ihnen auf. Sie haben das Wort „Sünde“ gebraucht. Das ist in Ordnung. Ich wollte eigentlich nicht so weit ins Christliche und auch nicht so weit in den Bereich der Bibel gehen. Aber ich nehme das einmal auf. Es ist nicht nur ein Haushalt der Rekorde, sondern auch ein Haushalt der Sünden, den Sie hier gesundbeten wollen. Aber das wird Ihnen nicht gelingen. Es gibt in diesem Hause nämlich noch eine Opposition.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit 51,2 Milliarden € gibt das Land so viel aus wie niemals zuvor. Das ist eine Sünde. Die Steuereinnahmen liegen mit 41,5 Milliarden € ebenfalls auf dem höchsten Niveau aller Zeiten. Das sind nicht 2, das sind nicht 3, das sind nicht 4, das sind auch nicht 5 Milliarden € mehr, als Rot-Grün 2004 hatte, das sind 8 Milliarden € mehr, die Sie einnehmen. 8 Milliarden € mehr haben Sie im Topf. Das ist mehr, als wir haben damals einnehmen können. Trotzdem steigt der Schuldenberg weiter. Wie erklären Sie das der geneigten Öffentlichkeit?

Der Schuldenberg steigt weiter. Bereits heute haben wir über 118 Milliarden € Gesamtverschul-

dung. „Ach“, werden Sie einwenden, „damit haben wir gar nichts zu tun.“ Nur: 8 Milliarden € gehen auf das schwarz-gelbe Konto in Ihrer Regierungszeit.

So billig kommen Sie uns aber nicht davon. Sie haben diesen Schuldenberg nicht nur erhöht, sondern Sie sind auch ein Dieb, Sie sind diebisch, Sie haben sich den Wahlerfolg mit Versprechungen ergaunert. Sie haben gegaunert, und wir werden Sie an diesem Arm festhalten.

Sehen wir uns lieber an, was Sie tatsächlich tun. Damals haben Sie bei 110 Milliarden € Schulden Alarm geläutet.

(Angela Freimuth [FDP]: Für die Bezeichnung, dass ich ein Dieb sei, bitte ich Sie, dass Sie sich entschuldigen! Das ist eine Unverschämtheit! Das ist der Vorwurf einer kriminellen Tat! Ich lasse mich nicht von Ihnen eines Verbrechens beschimpfen!)

– Das müssen Sie jetzt schon hinnehmen: 110 Milliarden € Schulden haben Sie übernommen. Jetzt haben Sie 118 Milliarden € Schulden – mit steigender Tendenz. Trotz einer Mehrwertsteuererhöhung, trotz brummender Konjunktur, die sie aufgrund der rot-grünen Reformpolitik im Bund von uns geerbt haben, trotz höchster Steuereinnahmen aller Zeiten im Bund durch Schwarz und Rot haben Sie den höchsten Schuldenberg und höchste Ausgaben. Was sind Ihre Versprechungen von vorher da wert?

Ich wiederhole das noch einmal, Frau Kollegin: Trotz allem haben Sie kein Konzept, wie Sie da wieder herauskommen. Der Vorsatz heißt doch: Spare in der Zeit, dann hast du etwas in der Not. Haben Sie das schon vergessen? Aber was haben Sie alles versprochen! Keine Angst, ich komme jetzt nicht auf die sozialen Fragen; das machen schon die Fachkolleginnen und Fachkollegen. Ich lege jetzt die haushaltspolitische Messlatte an Ihre Haushaltspolitik.

Erste Sünde – ich habe noch mehr aufgeschrieben und könnte weitere Sünden nennen –: In der Anhörung des Unterausschusses „Personal“ klingelten Ihren Leuten vor Ernüchterung doch nur so die Ohren. Die Vertreter der Berufsverbände haben Sie an Ihre Versprechungen erinnert. 2003 hat der heutige Ministerpräsident, der heute leider nicht hier ist, versprochen, die Kürzung bei der Beamtenbesoldung – Stichwort „Sonderzahlung“ – zurückzunehmen. Stattdessen haben Sie draufgesattelt. Sie haben nicht nur Ihr Versprechen nicht eingehalten, sondern Sie haben auch draufgesattelt. Rot-Grün hatte in diesem Bereich befristet bis 2005 aufgrund der dramatisch wegbrechenden Einnah-

men – das konnte damals auch jeder verstehen – bei den Beamten um 450 Millionen € gekürzt. Sie haben versprochen, das sofort zurückzunehmen. Nichts haben Sie gemacht! Sie haben trotz gigantischer Mehreinnahmen nochmals 220 Millionen € bei den Beamten gekürzt. Das ist Ihre Politik.

Im nächsten Jahr kommen weitere 230 Millionen € dazu, weil Sie die Besoldungserhöhung nur verspätet durchsetzen und weiterhin auf dem Rücken der Beschäftigten sparen. Das ist Ihre Politik.

Auch der marktradikale Lautsprecher der FDP hat sich 2003 massiv über die Kürzungen der rot-grünen Regierung erregt und sprach, meine Damen und Herren, von einer Missachtung der Dienstherreneigenschaft. Was hat Herr Papke heute dazu zu sagen? Ist er wieder zurückgerudert? Hat er das auch schon vergessen? Oder gibt es den in Ihrer Fraktion gar nicht mehr? Sobald er seine Sachen herausgeblasen hat, ist es wahrscheinlich auch schon wieder nicht so ernst gemeint. Ich nenne das einen haushaltspolitischen Bettvorleger erster Güte.

Der Deutsche Beamtenbund hat es uns vorgezeichnet, der Gutachterdienst dieses Hohen Hauses hat es bestätigt: Es sind 2 Milliarden €. Die Beamtenschaft, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen, tragen mit 2 Milliarden € jährlich zur Haushaltskonsolidierung bei.

Zweite Sünde: Auch die Kommunen – zu Ihren Oppositionszeiten angeblich immer von Rot-Grün geplündert – werden massiv zur Kasse gebeten. Mein Kollege Horst Becker hat Ihnen das gerade eindrucksvoll nachgewiesen. Sie nehmen den Kommunen zusätzlich zum Jahr 2004 über 1 Milliarde € weg.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch diese Milliarden – 2 Milliarden € bei den Beschäftigten, 1 Milliarde € bei den Kommunen – trotz boomender Konjunktur, trotz Steuermehreinnahmen! Viele Städte – nicht nur die Großstädte – sind am Rande des Ruins; manche sind auch schon einen Schritt weiter.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Gigantisch türmen sich Kassenkredite auf. Erhebliche Zinsrisiken sind da inklusive. Diese Kommunen sparen auch nicht in dieser Zeit, denn sie sind auch jetzt, in dieser guten Phase, in allerhöchster Not. Sie, meine Damen und Herren von Schwarz und Gelb, verschärfen die Lage, statt zu helfen.

Es ist im Übrigen auch volkswirtschaftlicher Wahnsinn, die Schulden des Landes, die langfristig abgesichert werden können, auf die Schultern

der Kommunen zu legen. Es ist schlicht Unsinn, Herr Finanzminister, sich mit sinkender Nettoneuverschuldung zu brüsten und gleichzeitig die Verschuldung der Kommunen zu erhöhen. Volkswirtschaftlich ist das absoluter Unsinn.

Durch derartige Aktionen wird das dramatische Reduzieren staatlicher Aufgaben bewusst von Ihnen in Kauf genommen und vorangetrieben. „Privat vor Staat!“ Kümmert euch selbst um eure Kinder, kümmert euch selbst um eure Problemlagen, wir als Land ziehen uns aus der Unterstützung zurück! – Das ist Ihr Regierungsmodell. Das hat Nordrhein-Westfalen allerdings so nicht verdient.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dritte Sünde: Jetzt komme ich zum vermeintlichen Erfolgsmodell Personaleinsatzmanagement. Das ist das Modell „goldener Handschlag“. Es sorgt auf Dauer nur dafür, dass die Besserverdienenden in der Ministerialverwaltung nach Hause geschickt werden können. Damit fehlen dann aber bewährte Kräfte, die nicht ohne Weiteres zu ersetzen sind.

Die Behauptung, es gebe einen großen Ansturm auf die Angebote, erweist sich als sehr einseitige Nachfrage. Mehr als ein Drittel der bewilligten Anträge gehen auf den speziell ausgebildeten Bereich der Finanzverwaltung zurück. Diese deutliche Fokussierung, Herr Finanzminister, auf den Finanzbereich zeigt, dass es Ihnen nicht um Qualität, sondern um Quantität geht. Dies wird zu weiteren Mindereinnahmen beim Land führen und zu weniger Steuergerechtigkeit, die wir heute schon nicht haben. Das haben Sie zu verantworten. Nach Lage der Anträge könnte sich das im nächsten Jahr sogar noch zuspitzen.

Was erzielen Sie daraus an Ergebnissen? Angeblich sollen das 540 Millionen € in 25 Jahren sein. Das sind dann 21,6 Millionen € pro Jahr, die Sie einsparen wollen. Das sind nicht einmal 2.200 €, die der Minister pro Jahr und Stelle spart. 2.200 € pro Jahr und Stelle! Dafür fällt aber die gesamte Arbeitskraft weg. Das ist eine Gesamtersparnis, die etwas mehr als einem Promille bei den gesamten Personalkosten entspricht. Das ist Ihre groß angekündigte Aktion. Das kann jeder besser, Herr Finanzminister.

Man könnte vermuten, für den Finanzminister und die Landesregierung sei es bedeutsamer, dass durch den einseitigen Ruhestand der Regierungsvizepräsidenten freie Stellen geschaffen werden. Ich vermute – es könnte zumindest vermutet werden –, dass schon einige darauf warten, diese Stellen wieder zu besetzen.

Vierte Sünde: Durch die Bekämpfung der Steuerhinterziehung sind deutliche Mehreinnahmen zu erzielen. Das tun Sie aber auch nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was machen Sie? Fast 5 % der Betriebsprüfer/-innen sollen im nächsten Jahr wegfallen. Sie verschärfen die Situation also auch noch. Nachdem kurzzeitig die Sollstärke von 3.555 Personen erreicht wurde, werden allein im nächsten Jahr 165 Stellen in dem Bereich wegfallen. Sie entfernen sich also zunehmend von dem Ziel, das die Deutsche Steuer-Gewerkschaft ausgegeben hat, nämlich 4.500 Menschen in diesem Bereich arbeiten zu lassen. Sie reden immer davon, dass wir nicht so viel mehr Geld ins Säckel bekämen, wie wir mehr einstellten, weil ein Grenznutzen erreicht sei. Der Grenznutzen ist noch lange nicht erreicht. Es gibt einen sehr weiten Weg.

Deshalb schlagen wir Ihnen für das nächste Jahr vor, Betriebsprüfer einzustellen und das in den Folgejahren aufzubauen, damit die Steuern gerecht eingenommen werden und damit mehr Steuern eingenommen werden.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Es ist nicht weiter hinzunehmen, dass auf der einen Seite wichtige soziale Ausgaben nicht mehr getätigt und gleichzeitig die der Öffentlichkeit zustehenden Steuereinnahmen nicht vereinnahmt werden können.

Noch eine Sünde, noch eine Baustelle, die Sie im Einzelplan 20 hinterlassen: Sie haben zwar erkannt, dass Ihr ursprünglicher Haushaltsentwurf ein absolutes Desaster bei den Destinatären des Glückspiels gewesen wäre. Aber auch in Ihrer Ergänzung springen Sie deutlich zu kurz. Die Stiftung „Umwelt und Entwicklung“ steht weiterhin am Rand des Ruins. Sie hätte schon im nächsten Jahr – in 2008 – Insolvenz anmelden müssen, wenn in der Ergänzung nicht deutlich nachgebessert worden wäre. Die Fraktionen von FDP und CDU haben mit ihrer Beschlussfassung im letzten Jahr also wichtiges zivilgesellschaftliches Engagement zerstört. Lautsprecher und Chefideologe Papke konnte gerade noch gestoppt werden.

Meine Damen und Herren, die finanzielle Basis der Stiftung ist im Ländervergleich aber weiterhin lächerlich. Gerade einmal 200.000 € können in 2008 noch vergeben werden. Die Ankündigungen von Laschet und Rüttgers laufen auch hier absolut ins Leere. Das ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Engagement wird nicht gefördert, sondern gestutzt. „Privat vor Staat“ heißt in diesem Zusammenhang: Sollen die Ehrenamtlichen doch

ackern. Was geht uns das im Lande an? – Die Opposition, meine Damen und Herren, sieht das jedenfalls anders.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist Ihre Haltung überall dort, wo es um das Ehrenamt geht. Im Sport ist es genauso.

Vizepräsident Oliver Keymis: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Ewald Groth (GRÜNE): Ich komme zum Schluss. – Fazit: Der Haushalt der Rekorde wirft dieses Land weiter zurück. Er bringt es nicht nach vorne. Er ist das dramatische Zeugnis gigantischer Wahllügen. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen werden aber wach. Sie erinnern sich an Ihre Versprechungen. Seien Sie sicher: Wir werden Ihnen all Ihre Versprechungen erneut servieren. Sie sind als laute Konsolidierer gestartet und in den Niederungen der Realpolitik gestrandet. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. Sie haben in Ihrer Rede eine Wortwahl getroffen, die wir anhand des Protokolls überprüfen werden. Vor allen Dingen müssen wir überprüfen, ob Sie damit jemanden konkret und wen Sie gegebenenfalls gemeint haben. Dann kommen wir im Präsidium auf diese Angelegenheit zurück. – Als nächster Redner steht der Finanzminister unseres Landes bereit, Herr Dr. Linssen. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist das Dilemma dieser Debatte, dass wir sowohl den Einzelplan 12 als auch den Einzelplan 20 beraten und sich natürlich jeder Redner aus diesen beiden Etats das herausucht, wozu er gerne sprechen möchte. Ich möchte versuchen, mich in dieser Runde im Wesentlichen auf den Einzelplan 12 zu konzentrieren.

(Martin Börschel [SPD]: Das kann ich mir denken!)

Ich möchte aber vorweg, weil es ja auch noch frisch in der Erinnerung der Besucher, die uns zuhören, ist, Bemerkungen von Herrn Groth zurückweisen.

Solche Sünden, Herr Groth – wenn Sie mir zuhören würden, wäre das sehr nett, und Sie könnten auch wirklich etwas lernen –, wie wir sie begehen, hätten Sie während Ihrer Regierungszeit furchtbar

gerne gemacht. Ich kann es Ihnen wirklich nachfühlen.

(Beifall von der CDU – Ewald Groth [GRÜNE]: So unsolide sind wir nie gewesen, Herr Minister!)

Es wäre schön, wenn Sie außer hier Verbalinjurien vorzutragen sich vielleicht einmal an die Zahlen halten würden. Denn dieser Haushalt bringt das Land natürlich massiv weiter nach vorne. Ich hatte Ihnen zwar mit einer Pressemeldung auch schon die Zahlen vorgelegt. Trotzdem halten Sie sich nicht daran. Das ist das gute Recht der Opposition, wenn Sie irgendeinen Eindruck erwecken möchten. Aber für das Protokoll möchte ich die Zahlen doch gerne vortragen.

Vom Haushaltsjahr 2005 an bis zum Jahre 2008 haben wir mehr Steuereinnahmen von insgesamt 6,8 Milliarden €. Davon geben wir in den kommunalen Steuerverbund 1,4 Milliarden €. Dann bleiben nach Adam Riese 5,4 Milliarden € Verbesserung für das Land. Die Nettoneuverschuldung ist gleichzeitig um 4,9 Milliarden € gesunken. Es bleiben also 500 Millionen €, die für folgende Positionen – ich will Ihnen jetzt nur einmal drei nennen – natürlich völlig zu Recht verbraucht werden. Die Zinsen am Kreditmarkt sind allein in dieser Zeit um 330 Millionen € gestiegen. Das ist Ihre Schuld. Das sind Ihre Schulden, die Sie uns hinterlassen haben, die wir jetzt natürlich verzinsen müssen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Wie lange wollen Sie das der geeigneten Öffentlichkeit noch erzählen?)

– Sie versuchen eine Geschichtsklitterung, Herr Groth. Das ist ja auch alles legitim, was Sie versuchen. Nur: Ich stelle es gerade.

Die Versorgung allein derjenigen, die in den Ruhestand getreten sind, ist im gleichen Zeitraum um 325 Millionen € gestiegen. Wir haben alleine 680 Millionen € in den Pensionsfonds gesteckt. Das heißt, wir haben die Verhältnisse in einem Maße verbessert, von dem Sie nur träumen können.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Sie können von den Steuereinnahmen nur träumen, Herr Finanzminister!)

– Ich habe sie doch genannt: 6,8 Milliarden € Junge Frau, wenn Sie das vielleicht einmal registrieren würden.

(Gisela Walsken [SPD]: Junger Mann, angekommen!)

Sie haben allein in den Jahren 2003 bis 2005 die Verschuldung um 20 Milliarden € heraufgetrieben. Ich glaube, vor dem Hintergrund verblasst nun wirklich alles.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, Sie haben die Kommunen angesprochen. Ich habe immer vorgetragen: Ja, wir haben strukturelle Veränderungen vorgenommen. Die haben wir im Jahre 2007 vorgenommen, weil die Kommunen natürlich aufgrund Ihrer falschen Berechnungen der Steuereinnahmen in den Jahren vor 2006 vor allen Dingen zurückbezahlen mussten. Deshalb waren sie im Jahr 2006 wenig belastbar. Darauf haben wir Rücksicht genommen. Aber wir haben vor der Wahl gesagt: Jeder muss seinen Beitrag zur Konsolidierung leisten, selbstverständlich auch die Kommunen. Wir haben ihnen strukturell und langfristig über die vier Siebtel Grunderwerbsteuer sicher 160 Millionen € weggenommen. Natürlich!

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Wir haben ihnen 110 Millionen € für die Krankenhausfinanzierung weggenommen, weil wir den Beteiligungsprozentsatz von bisher 20 % auf 40 % erhöht haben.

(Martin Börschel [SPD]: Eine Schweinerei ist das!)

Die Bayern nehmen ihnen übrigens 50 % ab. Man muss insgesamt anständiges Benchmarking machen; dann sehen Sie das. Das sind 270 Millionen €. Trotzdem: Sie haben mehr bekommen im Jahre 2007, nämlich 900 Millionen €. Davon können Sie die 270 Millionen € gerne abziehen. Dann sind Sie immer noch bei 630 Millionen € plus. Deshalb sind ja auch in der kommunalen Familie die Verhältnisse verbessert worden. Das sehen die ja auch. Die bringen doch nicht solche Tiraden vor wie Sie. Wir befinden uns mit den Kommunen in einem vernünftigen Gespräch. Die Kommunen sagen zwar, sie hätten gerne noch mehr gehabt. Aber sie sehen ein, dass sie mehr bekommen haben

(Martin Börschel [SPD]: Das ist Autosuggestion, was Sie machen, Herr Finanzminister!)

und deshalb neben den steigenden Steuereinnahmen vor allen Dingen aus der Gewerbesteuer und dem Anteil an der Einkommensteuer mittlerweile stark verbesserte Verhältnisse haben. Die Bilanz zeigt, sie haben zum ersten Mal wieder Überschüsse. Das werden sie auch im Jahre 2007 haben. Im Jahre 2008 bekommen die Kommunen 855 Millionen € mehr. Das wissen Sie doch alles. Nun tragen Sie hier doch nicht solche

Märchen vor, die mit der Wahrheit überhaupt nichts zu tun haben.

Zum Einzelplan 12 würde ich gerne nur Folgendes sagen: Die Einnahmen sinken um 3,9 Millionen €. Das ist in erster Linie auf die Finanzierungsanlastung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs zurückzuführen, die nämlich um 0,5 % sinkt. Das Ausgabevolumen steigt um 0,8 %. Das sind im Wesentlichen natürlich die Personalausgaben – die steigen um 0,5 % –, aber es sind vor allen Dingen auch die Investitionen. Damit komme ich auf Herrn Peschkes zurück. Die Investitionen steigen um 15,6 %, Herr Peschkes. Wir haben – damit hatten Sie angefangen, das sage ich auch fairerweise – vom Jahre 2002 bis zum Jahre 2007 allein 420 Millionen € in IT gesteckt.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Und was hat es genutzt?)

Also: Das Elend zu beklagen! Es könnte natürlich besser sein. Wenn wir nicht das Fiasko mit FIS-CUS unter Ihrer Ägide erlebt hätten, dann ginge es uns mit Sicherheit besser.

(Beifall von CDU und FDP)

Da haben Sie das Geld ja nun wirklich versenkt, meine Damen und Herren.

(Zurufe von Ewald Groth [GRÜNE] und Gisela Walsken [SPD])

– Ja, es muss sein.

Dann würde ich gerne zu den Personalzahlen kommen. Zu Beginn des Haushaltsjahres 2008 sinkt der Stellenbestand in der Finanzverwaltung auf 29.838 Stellen. Das ist ein Rückgang um 1,3 %. Das Finanzministerium erbringt natürlich seinen Beitrag für den erforderlichen Personalabbau. Grundlage sind die Organisationsüberprüfungen, die unter Ihrer Regierungszeit gemacht worden sind – wofür die kw-Vermerke ausgebracht worden sind; das wissen Sie ja –, und vor allen Dingen die Arbeitszeitverlängerung, das heißt, der Produktivitätsgewinn, der durch die Arbeitszeitverlängerung entstanden ist. Das beklagen Sie nun vehement. Das sind alles Ihre kw-Vermerke, die von Ihnen in Ihrer Regierungszeit ausgebracht worden sind. Sie haben das doch für vernünftig erklärt; sonst hätten Sie es doch nicht getan. Wir realisieren jetzt das, was Sie gewollt haben. Also beweinen Sie den Zustand doch nicht. Sie haben es gewollt; wir exekutieren es.

(Gisela Walsken [SPD]: Bauen Sie doch keinen Popanz auf! Es ist doch keiner dagegen!)

Machen sie also nicht so ein Theater! Es sind doch Ihre kw-Vermerke.

(Beifall von der CDU)

Allein die Arbeitszeitverlängerung bei den Beamten brachte 6,5 % mehr Arbeitsvolumen. Das war auch die Absicht, die Sie mit Ihrem Sparhaushalt 2003 verfolgt haben. Sie haben gesagt: Wir müssen etwas daran tun. – Wir realisieren das jetzt.

Was die Betriebsprüfer und die Steuerfahndung betrifft: Sie haben beklagt – um auch diese Zahlen zu nennen –, dass es demnächst 165 Betriebsprüfer weniger werden. Ja, auch bei der Steuerfahndung gibt es 25 Stellen weniger. Damit Sie es nachrechnen können: Das sind zusammen 190 Personen.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Mal 1 Million!)

Sie sehen, dass wir allein bei den Betriebsprüfern bisher fast 3.600 Stellen hatten. 3.555 war die Zahl, die Sie immer als Zielgröße genannt hatten und die wir realisiert haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Ach! Die Sie realisiert haben!)

Wenn Sie noch 600 Stellen bei den Steuerfahndern hinzurechnen, sind Sie bei rund 4.200 Stellen. Rechnen Sie davon ein Arbeitsvolumen von 6,5 % herunter, dann merken Sie, dass die Prüfungsdichte bei dem Personalbestand sogar höher ist. Sie haben es gewollt, wir machen es, und deshalb brauchen Sie sich darüber gar nicht aufzuregen.

Meine Damen und Herren, wir stellen wieder in den mittleren Dienst ein. Sie haben versucht, die kw-Vermerke über den Wegfall von Einstellungen in den mittleren Dienst schneller zu realisieren. Das war damals die Absicht. Ich komme zu der Erkenntnis, dass der mittlere Dienst in bescheidenen Größenordnungen erforderlich ist.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Wir werden in der Steuerverwaltung insgesamt 220 Personen für den gehobenen Dienst einstellen und auch wieder 100 Einstellungsermächtigungen für den mittleren Dienst vorsehen.

Vor allem Herr Peschkes hat geklagt, dass das Steuerrecht viel zu kompliziert ist. Das ist völlig richtig. Das aber ist nun eine Sache, die in Berlin veranstaltet wird. Ich beklage das mit Ihnen und werde nicht müde, es immer wieder vorzutragen.

Ich habe den Eindruck, dass die Steuervereinfachung im Moment in Berlin keine Konjunktur hat.

Deshalb ist es die Aufgabe der Länderfinanzminister, dies immer wieder anzumahnen; denn wir haben eine Länderfinanzverwaltung, und es kann nicht sein, dass in Berlin so wenig Rücksicht auf die Administrierbarkeit des Steuerrechts genommen wird. Das Steuerrecht muss vereinfacht werden. Ansonsten werden wir die Schwierigkeiten nicht los.

(Beifall von der CDU)

Ja, die Vorsteher haben einen Brief geschrieben. Das war übrigens schon vor der Einführung des PEM.

(Gisela Walsken [SPD]: Nicht nur einen!)

Sie weisen vor allen Dingen auf die Kompliziertheit des Steuerrechtes hin.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Sie haben auf vieles hingewiesen!)

Allein wenn Sie sich anschauen, was in den letzten Wochen mit der Pendlerpauschale passiert ist, wissen Sie, dass die Länderfinanzminister zu Recht darauf aufmerksam gemacht haben – ich war ganz vorne mit dabei –, dass das gewählte Verfahren mit dem Eintrag in die Lohnsteuerkarte unbedingt fortgesetzt werden müsste. Gott sei Dank haben wir uns durchgesetzt.

Zum Personaleinsatzmanagement generell möchte ich nachher gern noch etwas vortragen. Das, was wir jetzt durchsetzen, ist wirklich das, was Sie gewollt haben. Sie haben die kw-Vermerke so ausgebracht, dass sich das mit der natürlichen Fluktuation erledigen soll.

Wir haben Anreize geschaffen. Das ist in der Steuerverwaltung und in der gesamten Landesverwaltung begrüßt worden. Deshalb, glaube ich, ist es ein sehr gutes Instrument, um in der Verwaltung zu den Sollstärken zu kommen, die wir brauchen, um, darauf aufbauend, in langfristiger Planung wieder geeignetes Personal einzustellen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Börschel das Wort.

Martin Börschel (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister! Herr Kollege Klein! Wir erleben heute von Ihnen wirklich eine Selbstbeweihräucherung in besonders dreister Form.

(Beifall von der SPD)

Vergegenwärtigen wir uns, was – auf der Grundlage des Haushaltsplans, den wir besprechen – der Stand der heutigen Debatte ist. Sie haben Rekordsteuereinnahmen. Sie haben trotzdem eine Rekordverschuldung, und Sie haben in diesem Haushaltsplan trotzdem Rekordausgaben.

All das hat eben schon der Kollege Groth sehr ausführlich und detailliert hergeleitet. Ich wiederhole das nur noch einmal; denn Sie haben in einer Art Autosuggestion versucht, diese drei Elemente auszublenden. Sie sind aber wahr, und sie bleiben wahr.

(Beifall von der SPD)

Ich kann es deswegen kurz machen, weil mir leider für jede Milliarde Nettoneuverschuldung, die Sie in den letzten drei Jahren produziert haben, weniger als 30 Sekunden Redezeit bleiben. Deshalb muss ich es etwas knapper machen, als es der Sache angemessen wäre.

Zur Abwechslung versuchen wir es einmal so: Wir nehmen Sie von der Landesregierung und von den regierungstragenden Fraktionen ernst und messen Sie ausschließlich an Ihren eigenen Worten und Versprechungen. Das ist doch das Hauptproblem: Sie halten Ihre eigenen Versprechen nicht. Sie brechen die Versprechen, die Sie im Vorfeld zur Haushaltskonsolidierung des Landes gegeben haben. Das ist das eigentliche Problem.

Sie feiern sich für höhere Zuweisungen an die Kommunen, obwohl diese schlicht und einfach einen Rechtsanspruch darauf haben.

(Beifall von der SPD)

Das, was Sie hier veranstalten, ist doch kein Gewähren aus höherer Machtvollkommenheit oder von Gottes Gnaden, sondern es ist Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, das den Kommunen zu geben.

Noch während Sie sich feiern, organisieren Sie auf der anderen Seite tagtäglich einen gigantischen Raubzug, indem Sie den Kommunen das Geld aus der Tasche ziehen. Immerhin hat der Herr Finanzminister das für einige Elemente gerade zugegeben.

Saldiert bedeutet das, dass die Kommunen durch einen Rechtsanspruch zwar höhere Einnahmen haben, Sie aber diese Gelegenheit – die bekanntlich Diebe macht – für einen gigantischen Raubzug zulasten von Städten und Gemeinden nutzen. Der Herr Finanzminister nennt das, was eigentlich ein Raubzug ist, auch noch euphemistisch „struk-

turelle Veränderungen“. Das finde ich dreist, Herr Finanzminister.

(Beifall von der SPD)

Zweitens. Auch das sind ausschließlich Ihre Versprechen, nicht unsere. Sie haben versprochen, 12.000 Stellen in der Landesverwaltung abzubauen. Was ist passiert? Die Personalausgaben steigen weiter, und trotzdem – auch das hat der Kollege Groth gerade angedeutet – greifen Sie den Bediensteten des Landes so tief in die Taschen, wie man es niemals zuvor erlebt hat.

(Ewald Groth [GRÜNE]: 2 Milliarden €)

2 Milliarden € nehmen Sie denen weg. In Wahrheit steigen die Personalausgaben aber weiter. Das ist das, woran Sie sich messen lassen müssen, und das ist es, woran Sie tagtäglich scheitern: Ihre eigenen Ansprüche.

(Beifall von der SPD)

Drittes Beispiel. Das ist vielleicht das für den Einzelplan 20 und für die heutige Debatte entscheidende Beispiel. Herr Finanzminister, Sie haben versprochen, jeden Cent an Mehreinnahmen in den Schuldenabbau zu stecken. Sie selbst haben das versprochen, machen es aber nicht.

(Gisela Walsken [SPD]: Ganz genau! Nicht einmal die Hälfte!)

Stattdessen machen Sie jetzt einen Haushalt nach dem Motto „Konsumieren statt konsolidieren“. Es sind aber Ihre eigenen Maßstäbe, an denen Sie scheitern.

Warum passiert das? Zum einen passiert es – das haben wir hier schon ein paar Mal gesagt –, weil Sie den vermeintlichen Sparhöhepunkt im Landtagswahljahr 2010 sozusagen inszenieren wollen, und zum anderen passiert es, Herr Finanzminister, weil Sie schlicht und einfach nicht mehr die Kraft haben, sich den ungehemmten Begehrlichkeiten der regierungstragenden Fraktionen entgegenzustellen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: So ist das!)

Wir wissen doch, dass Sie nicht erst seit dem Thema WestLB vom Ministerpräsidenten gedeckelt worden sind und dass Sie schlicht und einfach nicht mehr die Kraft haben, sich den ungehemmten Wünschen entgegenzusetzen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Deswegen müssen Sie jetzt – Frau Präsidentin, ich komme gleich zum Ende – hilflos mit ansehen, wie der Kollege Klein den damaligen Satz des ei-

sernen Helmut, wir stecken jeden Cent in den Schuldenabbau,

(Gisela Walsken [SPD]: Schon längst abgeräumt!)

butterweich spült und davon spricht, dass es eine Balance zwischen Sparen und Ausgeben geben muss, eine Balance, die jetzt unbedingt das neue Ziel der Konsolidierungspolitik der Regierung und der regierungstragenden Fraktionen sein soll. Ihre Versprechen sind das, und die haben Sie nicht gehalten.

Deswegen bleibt es dabei, dass das SPD-Konzept das richtigere ist. Wir setzen einen klaren politischen Schwerpunkt für Kinder, Jugendliche und Familien. Wir finanzieren diesen aus dem laufenden Haushalt und bauen dann auch noch eine Milliarde an Schulden ab; das ist mehr, als Sie tun. Das und nicht der Ihre ist der Weg. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Börschel. – Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat der Kollege Krückel für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Bernd Krückel (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es war schon sehr blumenreich, was man hier gehört hat. Der eine spricht von Dieben, der andere von Raubzügen. Herr Börschel, wir sind hier nicht im Stadtrat von Köln.

(Martin Börschel [SPD]: Leider nicht!)

Sie hätten vielleicht ein bisschen mehr Fleisch an die Knochen bringen sollen. Mich interessiert insbesondere der Widerspruch, wenn Sie auf der einen Seite beklagen, dass wir im Personalbereich mehr ausgeben, und auf der anderen Seite behaupten, wir würden den Beamten ins Portemonnaie greifen. Ich frage mich, wie wir denn die 2,9 % zum 1. Juli finanzieren sollen, wenn nicht durch höhere Ausgaben? Vielleicht können wir das draußen einmal klären, und Sie machen mir einmal die Rechnung auf, wie man auf der einen Seite den Beamten die längst verdiente Lohnerhöhung zukommen lassen kann, ohne dafür auch ins Portemonnaie zu greifen. Das machen wir vielleicht an anderer Stelle.

Der Kollege Groth ist leider nicht mehr zu sehen. Ich wundere mich schon, wie er von Schuldenhaushalten, von einer explodierenden Neuverschuldung spricht. Wenn ich den Landeshaushalt 2008 mitrechne, haben wir 6 Milliarden € mehr

Verschuldung auf unsere Kappe zu nehmen. Das kommt nicht an die Beträge heran, mit denen Sie in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung von 2003 bis 2005 das Land jährlich neu verschuldet haben. Insofern sollte man sich da einmal die Realität vor Augen führen.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Was haben Sie denn versprochen, Herr Kollege?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine, es ist an der Zeit, auch einmal ein Wort des Dankes an den Finanzminister zu richten,

(Gisela Walsken [SPD]: Heute schon?)

weil er einiges von dem zurechtgerückt hat, was in der Vergangenheit schief gelaufen ist. Ich will hier insbesondere die Aufnahme der Wiedereinstellungen in den mittleren Dienst nennen. Mit einer ersten Einstellungsermächtigung für 100 Auszubildende wird eine unsägliche Hängepartie beendet, die unter Rot-Grün im Jahre 2003 den Anfang genommen hat. Der Weg zu einer nur zweigeteilten Laufbahn in der Finanzverwaltung ist grundsätzlich falsch und wäre ein verheerendes Signal für die übrige Landesverwaltung und auch für die Kommunalverwaltungen gewesen.

Ich kann und will es nicht einsehen, dass nur noch Menschen mit mindestens einem Fachhochschulabschluss eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst finden, und könnte im Übrigen den jungen Menschen nicht das Signal erklären, weshalb nur noch eine Fachhochschulreife zur Ausbildung im öffentlichen Dienst berechtigen sollte und die Fachoberschulreife oder ein Handelsschulabschluss keine ausreichenden Qualifikation sind, um im öffentlichen Dienst eine Beschäftigung zu finden. Das Umsteuern des Finanzministers – weg vom falschen rot-grünen Kurs – ist genau das richtige Signal.

Im Haushalts- und Finanzausschuss konnten wir am vergangenen Donnerstag von der SPD hören, dass man für den Landeshaushalt 2008 Schwerpunkte gesetzt und nur wenige Änderungsanträge ausgearbeitet hat. Man könnte daraus schließen, dass weniger mehr sein kann. Ich habe aber eher den Eindruck, dass es bei der SPD für mehr nicht gereicht hat.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Oh!)

Dieser Eindruck verstärkt sich umso mehr, wenn man sich den Finanzierungsvorschlag der SPD zu Gemüte führt. Der Finanzminister hat im Kapitel 12 700, Titel 182 20 seriös Einnahmen von 36,1 Millionen € veranschlagt. Die SPD erwartet vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb, durch Abverkäufe von Immobilien zu-

sätzlich 163,9 Millionen € an Einnahmen zu generieren.

(Gisela Walsken [SPD]: Nicht aus Abverkäufen, das steht da nicht drin!)

Hier darf man mit Fug und Recht die Frage stellen, ob die SPD nach dem Verlust der Regierungsverantwortung keinen Deut dazugelernt hat. Die Luftbuchungen der Vergangenheit finden sich in Ihren Änderungsanträgen für den Landeshaushalt 2008 wieder. Wurden früher die Einnahmepositionen unrealistisch und unerträglich aufgebläht, wurden Steuerschätzungen bis an den oberen Rand der Zulässigkeit bemüht, um die Deckungslücken zu schließen, so schämen Sie sich heute in der Opposition nicht, diese Politik fortzusetzen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, kommen Sie in der Wirklichkeit an! Mit Ihren Luftbuchungen und Fantasieeinnahmen werden Sie einem Landeshaushalt nicht gerecht, der auf dem besten Wege ist, durch die CDU/FDP-Landesregierung nachhaltig konsolidiert zu werden. Da sage ich deutlich in Richtung von Herrn Groth: Wir haben die niedrigste Neuverschuldung seit 30 Jahren.

(Gisela Walsken [SPD]: Und die höchsten Steuereinnahmen seit 30 Jahren!)

– Frau Kollegin Walsken, der Finanzminister hat die Zahlen doch auseinandergerechnet. Sie erwarten doch nicht allen Ernstes von mir, dass ich das noch einmal wiederhole.

(Gisela Walsken [SPD]: Vollziehen Sie das doch nach!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch mit den Einzelplänen 12 und 20 sind wir auf einem guten und soliden Weg. Ich kann dem Finanzminister für meine Fraktion die uneingeschränkte Unterstützung zusagen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Krückel. – Als nächster Redner hat nun Herr Kollege Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Gäste! CDU und FDP sollten nicht glauben, dass die Menschen im Lande Nordrhein-Westfalen blöd sind. Die unsoziale, unökologische und unsolidarische Politik wird in NRW auch 2008 fortgesetzt. Der Staat muss für alle Bürgerinnen und Bürger

da sein, doch in NRW werden Reiche immer reicher und Arme immer ärmer.

Das ist auch das Ergebnis des Sozialberichts: Dass fast 500.000 Kinder in Nordrhein-Westfalen unter Hartz-IV-Bedingungen groß werden, unterstreicht, dass es in unserem Land keine Chancengleichheit gibt und mit dieser Regierung auch nicht geben wird.

Immer heißt es: „Es ist kein Geld da“, Herr Linsen und Herr Rüttgers. Mir und der neuen Partei Die Linke geht es in Nordrhein-Westfalen ganz verstärkt darum, die Einnahmenseite zu stärken, statt sich einseitig auf das Sparen im sozialen oder ökologischen Bereich zu konzentrieren, wie es CDU und FDP im Wesentlichen machen. Es geht uns darum, den Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben in der Daseinsvorsorge für alle zu befähigen. Denn es ist nicht wahr, dass kein Geld da sei. Schließlich sprudeln die Steuereinkassen.

Auf der einen Seite werden in Berlin von der CDU – mit der SPD übrigens, die sich angeblich wieder für soziale Gerechtigkeit einsetzt – erneut die Unternehmenssteuern gesenkt. Uns fehlen in Nordrhein-Westfalen dadurch im nächsten Haushalt 2008 wieder 800 Millionen €. Auf der anderen Seite werden den Bürgerinnen und Bürgern 3 % mehr Mehrwertsteuern aufgedrückt; dadurch werden sie belastet.

Ebenso wird, wiederum mit der SPD, die Erbschaftsteuer für Reiche passend gemacht und Milliarden für die öffentlichen Kassen an reiche Erben verschenkt.

Nordrhein-Westfalen vergibt zudem allein im nächsten Jahr mindestens 500 Millionen € und im Weiteren Milliarden Euro durch die viel zu lasche Verfolgung von Steuerhinterziehung in Unternehmen und fehlende Betriebsprüfungen; das ist nicht nur meine Meinung, sondern das sagt auch der Bund der Steuerzahler sehr deutlich.

Es handelt sich in unserem Land um einen Fall staatlich organisierter Steuerhinterziehung zugunsten der Unternehmen. Denn in 2008 sollen erneut 931 Finanzbeamte durch den goldenen Handschlag entlassen werden. Auf diese Weise werden Steuersünder unter den Unternehmen laufen gelassen, während die Arbeitnehmer über die Lohnsteuerkarte zu 100 % besteuert werden. Von Steuergerechtigkeit kann in Nordrhein-Westfalen keine Rede sein.

Sparen ist kein Selbstzweck, und zudem wird an den falschen Stellen gespart. Denn für die eigene Klientel – bei der CDU sind dies zum Beispiel die Landwirtschaftskammern – sind rund 100 Millio-

nen € vorgesehen, und auch für Marketingkampagnen zum Beispiel im Schulbereich – die Schulpolitik ist schon so schlecht, dass man für sie eigene Kampagnen machen muss – stehen weit über 10 Millionen € zur Verfügung.

Des Weiteren ist Geld für neue Subventionstaten vorhanden. So wird beispielsweise der Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück das erste Mal mit 2,3 Millionen € subventioniert.

Die Ausgaben des Haushalts steigen auf die Rekordhöhe von 51,3 Milliarden €, während gleichzeitig die Verschuldung weiter wächst. Sie ist trotz boomender Konjunktur von 108 Milliarden € im Jahre 2005 auf mittlerweile über 120 Milliarden € gestiegen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Was?)

Wir haben es heute bereits mehrmals gehört: Fast 7 Milliarden € mehr als noch 2005 sind eingenommen worden. Trotzdem steigt der Schuldendienst im Jahre 2008 das erste Mal auf jährlich über 5 Milliarden €. Das ist ein neuer Rekord. Das ist Ihr Rekord. Sie haben genau das Gegenteil von dem, was Sie hier erzählen, gemacht. Sie schwadronieren von Schuldenabbau, haben mittlerweile seit 2005 aber 12 Milliarden € neue Schulden gemacht. Das ist Ihre reale Politik.

Außerdem versäumen Sie, Steuern, die eingenommen werden könnten, tatsächlich einzunehmen. Damit könnte man natürlich unter anderem Haushaltskonsolidierung betreiben.

Man könnte auch vieles für die Kinder- und Jugendpolitik tun. Man könnte die Kindergärten besser versorgen. Man könnte ein kostenloses Schulesen einführen. Man könnte den Landesjugendplan, dessen Mittel Sie um 21 Millionen € gekürzt haben, verbessern. Allein in diesen Bereich könnte man 250 Millionen € investieren.

Man könnte Investitionen in den Klimaschutz, in die Umwelt- und die wirtschaftliche Strukturpolitik, in den Ausbau regenerativer Energien und in Energieeinsparungen sowie in die Altbausanierung vornehmen, und auch bei den Regionalisierungsmitteln für die Bahn fehlen 100 Millionen €.

In den Bereichen Bildung, Schule und Hochschule haben Sie massiv gekürzt. Im Gegenzug haben Sie die Studenten auch noch mit Studiengebühren belastet; auch in diesem Bereich könnte eine Menge getan werden.

Auch die Lernmittelfreiheit von Schulkindern haben Sie gekürzt; sogar Hartz-IV-Empfänger müssen die Lernmittel für ihre Kinder selbst bezahlen. Bei den Schülerfahrtkosten haben Sie gekürzt. In

der Summe sind mindestens 250 Millionen € notwendig.

Und natürlich müsste man vor allem auch bei sozialen Einrichtungen eine Menge tun; als Stichwort nenne ich die Arbeitslosenberatung. Bei den Flüchtlingsberatungsstellen, bei der Verbraucherberatung und bei der Stiftung „Umwelt und Entwicklung“ fehlen in der Summe mindestens 20 Millionen €.

All das machen Sie nicht. Sie kürzen nur. Sie kürzen vor allem im Sozialbereich. Sie kürzen bei Kindern und Jugendlichen. Sie schwadronieren davon, dass Kinder unsere Zukunft seien. Doch Ihre Kinder- und Jugendpolitik geht genau in die falsche Richtung.

Als Letztes komme ich zur Schulpolitik. Nordrhein-Westfalen ist das letzte Bundesland, das an einer völlig verfehlten Schulpolitik festhält. Alles in unserem Land ist gegen die Chancen von Kindern gerichtet.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Sie haben uns und Ihren Wählerinnen und Wählern hier eine blühende Zukunft versprochen. Sie bewirken mit Ihrer Politik allerdings genau das Gegenteil.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die Landesregierung hat nun noch einmal Herr Minister Linssen das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit gerne wahrnehmen, um Ihnen zu sagen, dass ein solcher Konsolidierungskurs, wie wir ihn hier jetzt im dritten Haushaltsjahr beschreiten, nur zu machen ist, wenn ihn die Regierungsfaktionen zusammen mit dem Kabinett auch tatsächlich durchziehen. Es ist das große Verdienst der Regierungsfaktionen, dass sie bisher gerade bei Steuermehreinnahmen nach Einbringung des Haushalts der Versuchung widerstanden haben, auf bestimmte Positionen doch noch draufzusatteln. Bei Ihnen hingegen war das immer Usus.

(Beifall von Horst Engel [FDP])

Ich glaube, Sie werden mittlerweile auch erkennen, dass Haushaltsberatungen bei uns eben nicht – das war bei Ihnen so üblich; ich bin ja schon etwas länger in diesem Hause – immer zwischen 100 und 200 Millionen € gekostet haben. Die Tatsache, dass die Fraktionen in der Regel

selbst Deckungsvorschläge machen, wenn sie an irgendeiner Ecke Ausgabebedürfnisse erkennen, zeugt von einer Disziplin, von der ich mir wünschte, dass sie auch in Berlin Einzug halten würde.

(Gisela Walsken [SPD]: Aber da hat das Parlament auch nichts mehr zu sagen bei den Beratungen, Herr Minister! Das kann man auch anders sehen!)

In einer solchen Lage wie Herr Börschel – ich glaube, er ist auch verschwunden; das scheint ihn nicht sehr zu interessieren – davon zu sprechen,

(Gisela Walsken [SPD]: Heute Morgen waren Sie auch verschwunden, Herr Minister!)

dass ich nun den Begehrlichkeiten der Regierungsfractionen nicht standhalten könne, ist an Lächerlichkeit überhaupt nicht mehr zu überbieten.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, da spricht die Opposition von einer Rekordverschuldung. – Ja, die Gesamtschulden steigen leider immer noch,

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: So ist das!)

weil wir es bisher in drei Jahren nicht geschafft haben – ich gebe es gerne zu –, von Ihrer Nettoverschuldung, die in Ihrer Regierungszeit 2003, 2004 und 2005 jährlich durchschnittlich 6,7 Milliarden € betrug, auf null zu kommen. Ja, wir es haben noch nicht geschafft. Aber wir landen bei 1,7 Milliarden €. Das ist eine Reduzierung um 5 Milliarden €.

(Beifall von der CDU)

Das ist verdammt berichtenswert.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Wir haben – vielleicht können Sie sich, Herr Sagel, das auch einmal notieren, damit Sie nicht mit der Angabe „von 108 Milliarden auf 120 Milliarden“ Geschichtsklitterung betreiben – im Jahr 2006 eine Nettoverschuldung von 3,2 Milliarden € eingehen müssen, nachdem es im Jahr vorher bei Ihnen 6,7 Milliarden € waren.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Wir hatten schon 2005 2 Milliarden!)

Wir haben für 2007 2,3 Milliarden € etatisiert. Ich darf Ihnen jetzt schon sagen: Aufgrund der Disziplin aller Häuser werden wir – ich hoffe es sehr – unter die 2 Milliarden kommen.

(Beifall von der CDU)

Jetzt haben wir 1,77 Milliarden etatisiert. Nach Adam Riese, Herr Sagel – rechnen Sie bitte mit! –, macht das eine ungefähre Verschuldung von insgesamt 6,7 Milliarden € aus, und zwar in drei Haushaltsjahren, während Sie diese Verschuldung in einem Jahr erreicht haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie haben vergessen, die Steuereinnahmen dagegen zu rechnen! Sie tun so, als wenn es ein Sparhaushalt wäre!)

Wenn Herr Sagel und Sie, Frau Walsken, so weitermachen, dann glaubt Ihnen nachher noch jemand, dass Sie über Wasser gehen könnten. Wenn Sie die Reduzierung der Nettoneuverschuldung preisen und verkünden, Sie würden sie stärker reduzieren, gleichzeitig jedoch für alle Positionen, die Herr Sagel gerade wieder aufgeführt hat, mehr ausgeben wollen, dann glaubt Ihnen das draußen Gott sei Dank keiner. Denn so dumm sind die Menschen nicht.

(Gisela Walsken [SPD]: Ihnen nimmt auch keiner den Sparhaushalt ab!)

Meine Damen und Herren, Herr Börschel hat hier wieder die Geschichtsklitterung, die auch Frau Walsken immer wieder versucht, betrieben: Ich hätte versprochen, jeden Cent mehr an Steuereinnahmen in die Reduzierung der Nettoneuverschuldung zu stecken.

(Gisela Walsken [SPD]: Haben Sie!)

Nein, ich habe bei der Einbringung eines Haushaltes das immer für weitere Steuermehreinnahmen zugesagt. Und ich habe es Ihnen vorhin vorgechnet,

(Ewald Groth [GRÜNE]: Was ist mit dem Urlaubsgeld? Was ist mit den vielen Versprechen? Alles gebrochen!)

dass wir in den drei Haushaltsjahren von den 6,8 Milliarden € mehr an Steuern soundso viel an die Kommunen gegeben haben – ich will nicht alles aus meinen ersten Redebeitrag wiederholen – und dass wir 550 Millionen € gebraucht haben, ja. Aber wir haben alleine 680 Millionen € in den Pensionsfonds gesteckt.

(Ewald Groth [GRÜNE]: 8 Milliarden Mehreinnahmen!)

– Sie können es leider nicht anders darstellen, Herr Groth: Es ist eine enorme Leistung, was hier in drei Haushaltsjahren passiert ist.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, die Konsolidierung scheint Ihnen ja doch irgendwie gegenwärtig zu sein, denn Sie sprechen jetzt schon davon, dass wir eine Inszenierung betreiben würden, um zur Wahl die Nettoneuverschuldung Null zu erreichen.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Schönrechnen!)

Ich sage Ihnen dazu deutlich: Wir haben in der mittelfristigen Finanzplanung noch mehr als 700 Millionen € für 2011 an Nettoneuverschuldung vorgesehen. Sie wissen auch, dass wir das Jahr 2007 sehr wahrscheinlich mit einer besseren – ich habe sie gerade genannt – Zahl abschließen werden. Also können Sie die hoffentlich abziehen.

Ich bleibe dabei: Steuereinnahmen, Frau Walsken, sind vorsichtig anzusetzen. Im Gegensatz zu Ihnen lasse ich mich gerne positiv überraschen und nicht negativ.

(Beifall von der CDU)

Sie haben jedes Jahr einen Nachtragshaushalt zelebrieren müssen und haben ständig einen Offenbarungseid leisten müssen nach dem Motto: Ja, wir kommen mit dem Geld nicht aus.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: „Liebe nächste Generation, wir laden euch immer mehr Schulden auf den Buckel.“ Offensichtlich war das Ihre Devise. Lesen Sie ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ich komme zum Schluss.

... einmal in einer stillen Stunde – vielleicht ist das ja in der Weihnachtszeit möglich – Frau Walsken, Herr Sagel, Herr Groth, das gerade erschienene Bertelsmann-Gutachten zur Haushalt- und Finanzlage des Landes Nordrhein-Westfalen. Da werden Sie lesen, dass Nordrhein-Westfalen seit den 80er-Jahren – so sagt das Gutachten – beständig über seine Verhältnisse gelebt habe.

(Gisela Walsken [SPD]: Die anderen Bundesländer auch!)

Zwischen Ende der 70er-Jahre und 2006 habe das Land durchschnittlich rund 10 % seiner Ausgaben über Kredite finanziert.

Meine Damen und Herren, wir sind dabei, dem ein Ende zu machen. Wir werden so hart arbeiten, dass wir auch die Nettoneuverschuldung null erreichen und dann irgendwann in der nächsten Le-

gisaturperiode auch anfangen, Schulden zurück-zuzahlen. Das sind wir den nachwachsenden Generationen schuldig.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hat ihre Redezeit deutlich überzogen, und zwar um fast 8 Minuten.

Da auch alle Fraktionen in ihren ersten bzw. zweiten Wortbeiträgen ihre Redezeit ebenfalls um, grob geschätzt, eine Minute überzogen haben, schlage ich Ihnen vor, dass wir jeder Fraktion die Möglichkeit eröffnen, in drei Minuten noch auf das Gesagte einzugehen. Können wir einvernehmlich so verfahren? – Okay.

Gibt es Wortmeldungen aus den Fraktionen? – Herr Kollege Groth, Sie haben dann das Wort.

Ewald Groth (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Linssen, wir nehmen Sie nur beim Wort, messen Sie nur an dem, was Sie dem Lande hier alles versprochen haben! Sie haben Wohltaten versprochen.

Bei den Beamten würden Sie die Kürzung des Weihnachtsgeldes zurücknehmen. Rot-Grün hat die Kürzung zuzeiten vorgenommen, als die Steuereinnahmen zurückgegangen sind. Als wir keine Chance mehr gesehen haben, das anders zu regeln, haben wir von den Beamten einen Konsolidierungsbeitrag in Form der Kürzung von Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld erwartet, aber hinzugefügt, diese Maßnahme bis Ende 2005 zu begrenzen, und zwar in der Hoffnung auf zukünftige Steuermehreinnahmen, weil wir auf Bundesebene Reformen eingeleitet hatten, die zu einem Wiederanspringen der Konjunktur führen sollten.

Diese Konjunktur haben Sie jetzt geerbt. Sie haben auch die Steuermehreinnahmen geerbt. Was haben Sie aber gemacht? Sie haben diese Versprechen gebrochen! Und nicht nur das: Sie haben noch draufgesattelt. Sie haben neben diesen Millionen, die Sie den Beamten versprochen haben – dieser Wahlerfolg ist, ich formuliere es einmal so, ergaunert –, im letzten Jahr noch einmal 220 Millionen € draufgesetzt. Im kommenden Jahr, 2008, werden Sie zusätzlich zu den 220 Millionen € weitere 230 Millionen € bei den Beamten dadurch kürzen, dass Sie die Besoldungserhöhung vom 1. Januar auf den 1. Juli verschieben.

Was sollen die Beschäftigten des Landes dazu sagen? Was wollen Sie zu diesen gebrochenen Versprechen sagen, Herr Minister? Und das zu einer Zeit, in der die Steuereinnahmen nicht zurückgehen, wie das bei uns der Fall war, sondern zu der die Steuereinnahmen so was von bergauf gehen: Sie haben seit 2004 8 Milliarden € mehr Steuereinnahmen, als wir damals hatten. Das heißt, Sie haben Steuermehreinnahmen. Sie könnten handeln. Sie können den Kindern von Hartz-IV-Empfängern ein Mittagessen garantieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das könnte man machen. Aber dafür sind Sie nicht sozial genug. Da brechen Sie die Versprechen, die Sie den Beamten gegenüber gemacht haben, auch noch einmal.

Ich möchte Ihnen noch etwas ins Stammbuch schreiben, weil mir das wichtig ist. Sie rühmen sich immer der Zurückführung der Nettoneuverschuldung. Ja, das ist Ihnen gelungen, aber nicht aus eigener Kraft, sondern erstens aufgrund von Steuermehreinnahmen, die Sie durch eine gute Konjunktur geerbt haben, zweitens dadurch, dass Sie weiter bei den Beamten Versprechen gebrochen haben, und drittens haben Sie den Kommunen – Herr Becker hat es Ihnen vorhin vorgerechnet – inzwischen über 1 Milliarde € weggenommen.

Das, was Sie an Neuverschuldung einsparen, bürden Sie den schwachen Schultern der Kommunen, die schon in Haushaltssicherungskonzepten sind, noch obendrauf, und zwar durch Kredite, die nicht langfristig finanziert sind, sondern sehr risikoreich über Kassenkredite laufen, bei denen Sie genau wissen: Wenn der Bankenrat der EZB zusammentritt und die Zinssätze nach oben gehen, wissen die Kämmerer nicht, wie Sie ihr Geschäft am nächsten Tag weiterbetreiben sollen.

Das ist Ihr Handeln in Fragen der Finanzpolitik, und zwar ohne Not. Wir waren in einer schwierigen Situation. Ihr Modell für Nordrhein-Westfalen ist das Sanieren des Landeshaushalts auf Kosten der Kommunen und der Beschäftigten.

(Minister Dr. Helmut Linsen: Also sanieren wir jetzt doch!)

– Aber nicht in ausreichendem Maße. Darauf gehe ich gerne noch einmal ein, Herr Finanzminister. Was haben Sie alles im Hinblick auf die Sanierung versprochen!

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Sie wollten nicht nur die Steuermehreinnahmen zur Schuldensenkung einsetzen. Das halten Sie nicht ein; es ist Ihnen gerade vorgehalten worden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege.

Ewald Groth (GRÜNE): All Ihre vollmundigen Ankündigungen werden nicht wahr in Nordrhein-Westfalen. Das hat dieses Land wirklich nicht verdient.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Ich habe nun eine Wortmeldung der Kollegin Walsken. – Ja, Herr Kollege Sagel, ich habe Sie gesehen. Zunächst hat aber die Kollegin Walsken das Wort, und auch, um Sie schon darauf vorzubereiten, der Kollege Klein hat sich noch einmal gemeldet. Anschließend sind Sie dann selbstverständlich dran. – Frau Kollegin Walsken.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dankbar dafür, noch einmal in wenigen Sätzen das, was der Finanzminister als seine Wahrheit dargestellt hat, auf den Boden der Tatsachen zurückholen zu können.

Herr Finanzminister, Sie haben Ihr Regierungswerk 2005 damit begonnen, dass Sie in einer drastischen Art und Weise Schulden aufgebläht, nach oben gefahren und damit für dieses Land eine Rekordverschuldung erreicht haben. Dann wollten Sie sich – das war Ihr Plan – systematisch, Jahr für Jahr, weil wir schon seit Frühjahr 2005 wussten, dass die Konjunktur ansprang, als derjenige feiern lassen, der Schulden abbaut, und wollten als „eiserner Helmut“ in die Geschichte eingehen.

Das Ganze ist nicht aufgegangen, weil Sie zunächst das Verfassungsgericht gestoppt und Ihnen gesagt hat, dass Ihr Haushalt für 2005 in großen Teilen verfassungswidrig ist. Das war die erste Niederlage.

Dann haben wir Ihnen systematisch, Jahr für Jahr, bis zu diesem Haushalt nachgewiesen, dass Sie die positiven Einnahmen immer deshalb herunterrechnen, um am Ende des darauffolgenden Jahres sagen zu können: Ich bin derjenige, der spart. Gleichwohl wissen Sie, dass Sie auch den Kommunen damit Geld vorenthalten.

Dieser zweite Schritt ist auch nicht aufgegangen. Mittlerweile ist klar, dass jetzt schon knapp 7 Milliarden € mehr für den Landeshaushalt in der Landeskasse sind. Nur die Hälfte davon haben Sie für den Schuldenabbau benutzt. Insofern haben Sie auch das nicht geschafft.

Der dritte Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren: Sie haben nicht nur, wie Herr Groth ausgeführt hat, eine Fülle unerfüllter Versprechen in den Wahlkampf hineingegeben, sondern auch noch gesagt: Wir verändern etwas, dieser Haushalt bekommt ein neues Gesicht. – Bis heute ist kein richtiger Schwerpunkt erkennbar. Bis heute haben Sie nicht in Ansätzen klargemacht, wie man in wirtschaftlich guten Zeiten einen Haushalt konsolidiert. Sie haben nicht in Ansätzen klargemacht, wohin Sie wollen. Ganz im Gegenteil: Die Ausrichtung gilt Ihrem persönlichen Profil.

Ich sage Ihnen, Herr Finanzminister: Bei der wirtschaftlichen Lage kann jeder nachrechnen, dass kein besonderes Verdienst ist, mit steigenden Steuereinnahmen Schulden zu reduzieren. Deshalb werden wir Sie damit konfrontieren. Wir haben klar gemacht, dass Sie jetzt schon mehr Schulden abbauen könnten, als Sie es planen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihr Haushalt wächst aber jedes Jahr. Nicht erst im Wahlkampfsjahr 2010 kann die Verschuldung auf null gesenkt werden. Das ist schon 2009 erreichbar.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Unabhängig davon werden wir Sie von diesem Pult fragen: Wo ist Ihr Konzept zur Tilgung von Schulden? Das wird der entscheidende Punkt sein. Von daher bin ich bis dahin ganz entspannt. Wir werden Ihnen aufzeigen, dass Sie kein Konzept haben und auch dass Sie zu langsam sparen.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Nicht werden! Zeigen Sie mal!)

Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. – Als nächster Redner der Kollege Klein für die Fraktion der CDU.

Volkmar Klein (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren, der einzige Konzeptmangel, der hier deutlich wird, ist der der Opposition. Sie können uns doch nicht allen Ernstes zumuten, auf der

einen Seite zu kritisieren, wo wir überall sparen, und auf der anderen Seite gleichzeitig zu kritisieren, dass wir zu wenig konsolidieren.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Wo sparen Sie denn? Nennen Sie ein Beispiel!)

Sie muten uns zu, dass wir beides zur Kenntnis nehmen sollen und Ihnen das durchgehen lassen. Und das können wir nicht.

Wir haben im vorletzten Haushaltsjahr Ihre Kritik daran zur Kenntnis genommen, dass wir ausgabenseitig 1,2 Milliarden € gespart haben. Im letzten Jahr haben wir Ihre harte und engagierte Kritik zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir ausgabenseitig 700 Millionen € sparen. Auch in diesem Haushalt kritisieren Sie: Das Sparvolumen muss notwendigerweise kleiner werden, weil wir praktisch schon alle Aufgaben erledigt haben. Sie kritisieren an den Stellen, wo weiter gespart wird. Obendrein kritisieren Sie aber auch, dass wir zu wenig konsolidieren. Das passt doch alles nicht zusammen.

(Beifall von der CDU)

Noch eine zusätzliche Bemerkung: Sie behaupten immer, die Reduzierung der Neuverschuldung sei nur Glück. Auch das passt nicht zusammen. Natürlich ist Glück dabei. Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir uns sehr darüber freuen, dass mit der wirtschaftlichen Entwicklung inzwischen auch mehr Steuern hereinkommen. Die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 2007 ist übrigens erstmalig in Nordrhein-Westfalen einen Tick besser gewesen als durchschnittlich in Deutschland, und zwar 3 % statt 2,9 %.

(Beifall von CDU und FDP)

In Ihrer langen Regierungszeit wurde immer angekündigt, die wirtschaftliche Entwicklung werde aufschließen. Tatsache war aber, dass das Wachstum in Nordrhein-Westfalen regelmäßig 0,5 % niedriger lag als in Deutschland insgesamt.

(Beifall von der CDU)

Das war die Begründung dafür, dass wir wegen dieser Wachstumslücke auch mit einer Steuerlücke zu kämpfen hatten. Wir können froh sein, dass es jetzt mehr Steuereinnahmen gibt.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Aber wir hatten auch das Rückgrat, stehen zu bleiben, wenn kritisiert wurde, dass wir sparen. Das haben Sie doch alles mit geschürt. Wir haben

gespart. Wir stehen dazu und halten das auch im Interesse unserer Kinder für richtig.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Wo denn? – Ewald Groth [GRÜNE]: Sie sparen sämtliche Bereiche kaputt! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

– Schauen Sie sich einmal Ihre alten Programme an. Stichwort Verfassungsgerichtshof: Liebe Frau Kollegin Walsken, Sie sollten nicht verschweigen, dass uns der Verfassungsgerichtshof gerade beschäftigt hat, dass wesentliche Ausgaben nachgeholt werden mussten, das Eigenkapital des BLB wieder aufgestockt werden musste, weil Sie das in den Jahren zuvor ausgezehrt haben.

(Beifall von der CDU)

Und jetzt wollen Sie Ihre Haushaltsanträge mit einer dicken Entnahme aus dem BLB decken. Dies passt doch alles nicht zusammen. Das ist die Konzeptionslosigkeit hier.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Nun hat der Kollege Sagel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): Frau Präsidentin! Dass wir in diesem Jahr mehr Steuereinnahmen haben, ist doch nicht Ihr Verdienst. Ich bin wirklich sehr gespannt darauf, wenn sich die Konjunktur nicht so weiterentwickeln sollte – es gibt ja erste Anzeichen dafür –, wie das im nächsten und übernächsten Jahr aussehen wird, Herr Linssen. Sie hatten ja im Vergleich zu 2004 Steuermehreinnahmen in Höhe von 7 Milliarden €. Ich bin sehr gespannt, was Sie machen, wenn die Prognosen, die ja immer positiver waren als in der Vergangenheit, etwas abkippen, auch was die Steuerschätzung angeht.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Ich bin vorsichtig!)

– Ich weiß, dass Sie vorsichtig sind. – Ich bin sehr gespannt darauf, wie Ihr Haushalt dann aussieht.

Sie betreiben hier Geschichtsklitterung und Schönrechnerei. Sie haben im Jahre 2005 2,2 Milliarden € in einem Nachtragshaushalt durchgesetzt. Das heißt, Sie haben die Schulden – das hat auch die Kollegin gerade ausgeführt – auf ein Rekordniveau erhöht, das Nordrhein-Westfalen noch nie hatte. Das war doch Ihre erste Tat.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

– Ich gehe nur von den Zahlen aus, die von Ihnen mit Brief und Siegel abgesegnet sind. Im Jahre 2005 waren es 2,2 Milliarden €. Das war das Erste, was Sie gemacht haben, denn Sie sind am 22. Mai 2005 in die Regierung gewählt worden.

In Ihrer mittelfristigen Finanzplanung steht eine Verschuldung von mehr als 120 Milliarden € Ende 2008. Darüber hinaus – das steht auch in Ihrem Haushaltsentwurf – beträgt der Schuldendienst mehr als 5 Milliarden €. Dies ist eine neue Rekordhöhe für Nordrhein-Westfalen. Wir waren noch nie über 5 Milliarden €. Das ist die konkrete Politik.

(Lachen von Minister Dr. Helmut Linssen)

Es ist ja nicht so, dass Sie kein Geld ausgeben. Sie sparen natürlich, nämlich im Sozialbereich, im Ökologiebereich, aber Sie geben auch mehr Geld an bestimmten Stellen aus.

(Minister Armin Laschet: Wo denn?)

Sie geben zum Beispiel mehr Geld für die Landwirtschaftskammern aus. Die entsprechenden Mittel haben Sie um 20 Millionen € aufgestockt. „Rinder statt Kinder“ ist ja damals zu Recht gesagt worden. Das war Ihre erste Maßnahme. Jetzt geben Sie Geld für Subventionen für den Flughafen aus. Herr Rüttgers sitzt ja auch hier. Ich weiß gar nicht, wie viele Redenschreiber Herr Rüttgers mittlerweile beschäftigt. Herr Rüttgers, eigentlich müssten Sie ständig am Redepult stehen, weil Sie so viele Redenschreiber haben. Ich glaube, mittlerweile sind es sechs. Die Stellen haben Sie, glaube ich, um drei oder vier aufgestockt.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Auch das ist Ihre konkrete Politik.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Weitere Wordmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung zum Einzelplan 12 in Verbindung mit dem Einzelplan 20 sind. Abstimmungen finden ja in der Zeit zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr nicht statt, sodass wir erst später abstimmen lassen.

Ich rufe den **Einzelplan 15**

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration

mit den Teilbereichen „Generationen und Familie, Kinder und Jugend“, anschließend „Frauen“ und danach „Integration und Eine-Welt“ auf.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung in der Drucksache 14/5515, die Änderungsanträge der Fraktion der SPD und die Änderungsanträge der